

Liebe Freund:innen,

ich bin Julia von Attac. Wir stehen hier heute wegen eines Sondierungspapiers voller Sozialabbau, aber wir stehen hier heute auch, weil die CDU/CSU unter Friedrich Merz unsere demokratische Zivilgesellschaft angreift. Ihre Kleine Anfrage an die Bundesregierung umfasst 551 Fragen – nicht, um echte Antworten zu erhalten, sondern um kritische NGOs zu diffamieren und einzuschüchtern.

Betroffen sind Organisationen wie "Omas gegen Rechts", Greenpeace, der BUND, journalistische Projekte wie Correctiv und auch wir, Attac. Es geht um Finanzierungen, angebliche staatliche Förderungen und angebliche Verstöße gegen eine erfundene „Neutralitätspflicht“

Attac hat sich entschieden, die Fragen aus der Kleinen Anfrage selbst zu beantworten: Wir bekommen keinerlei Geld vom Staat. Uns wurde vor zehn Jahren die Gemeinnützigkeit entzogen, was negative Auswirkungen auf unser Spendenaufkommen hat. Das hätte Friedrich Merz einfach auf unserer Homepage oder in der Presse nachlesen können, würde es ihn interessieren.

Die Union will gar keine echten Antworten. Sie stellt suggestive Fragen, um NGOs in ein schlechtes Licht zu rücken. Sie erweckt den Eindruck, es gebe einen „Schattenstaat“, der den Staat unterwandere. Das ist eine Lüge.

Hier greift die Union nicht nur die Zivilgesellschaft an, sondern verbreitet eine gefährliche Verschwörungstheorie: den „Deep State“. Laut dieser Erzählung steuern finstere Mächte den Staat. Rechtsextreme nutzen dieses Narrativ gezielt gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Dass Friedrich Merz und die Union sich dieser Hetze bedienen, zeigt, wie weit sie sich von demokratischen Grundprinzipien entfernt haben.

Springermedien wie "Die Welt" befeuern diese Lüge. Sie behaupten, NGOs seien ein „Staat im Staate“ und müssten entmachtet werden. Markus Söder sprach von einem „Kraken“, der sich im Staat ausbreite – ein antisemitisches Bild, das seit dem 19. Jahrhundert genutzt wird. Solche Diffamierungen sind brandgefährlich.

Die Strategie ist klar: Kritische Organisationen sollen eingeschüchtert werden. Wer noch gemeinnützig ist oder Fördergelder bekommt, soll den Mund halten. Die Botschaft ist: Wer die Union kritisiert, riskiert seine Existenz. Das ist antidemokratisch – solche Methoden kennen wir von Trump oder Orban.

Während die Union NGOs diffamiert, schweigt sie über ein echtes Problem: den unregulierten Wirtschaftslobbyismus. Lobbyverbände wie der VDA oder der Deutsche Bauernverband haben massiven Einfluss auf die Politik. Doch dazu verliert die Union kein Wort. Friedrich Merz, der selbst jahrzehntelang für den Finanzkonzern BlackRock gearbeitet hat, verteidigt diesen Einfluss, statt ihn zu begrenzen.

Dabei ist eine starke Zivilgesellschaft das Rückgrat jeder Demokratie. Sie sorgt dafür, dass Macht kontrolliert wird, dass Umwelt- und Sozialthemen nicht unter den Tisch fallen, dass Menschenrechte verteidigt werden. Ohne kritische Stimmen gäbe es keine Fortschritte in unserer Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in denen autoritäre Kräfte erstarken, brauchen wir mehr demokratisches Engagement – nicht weniger.

Kritik an Lobbyarbeit ist wichtig. Aber sie darf nicht als Vorwand dienen, um demokratische Proteste mundtot zu machen. Es ist inakzeptabel, dass CDU/CSU gemeinsam mit Springermedien verschwörungsideologische Erzählungen nutzen, um zivilgesellschaftliches Engagement zu diffamieren. Das ist nicht nur ein Angriff auf uns – es ist ein Angriff auf die Demokratie.

Deshalb sagen wir heute laut und deutlich: Wir lassen uns nicht einschüchtern! Unsere Demokratie braucht eine starke, kritische Zivilgesellschaft. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Stimmen gehört werden!

Vielen Dank.